



# Pressemeldung

15.12.2015

## Welpenfunde bei Grenzkontrollen in Bayern – Ministerium will Rücktransport verfügen

### *Deutscher Tierschutzbund fordert Rücktritt der bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf*

In Zusammenhang mit den neu angeordneten verschärften Grenzkontrollen entlang der bayerischen Landesgrenze zu den EU-Partnern kommt es vermehrt auch zu Tierfunden. In den letzten Tagen waren es insgesamt 215 illegal transportierte Hundewelpen aus Osteuropa, 50 Zebrafinken und 20 Schildkröten. Die Tiere wurden in teils nächtlichen Rettungsaktionen auf bayerische Tierheime verteilt. Die für einen Transport viel zu jungen, zumeist kranken Welpen werden u.a. in den Quarantänestationen der Tierheime betreut. Durch die Rettungsaktionen sind die bayerischen Tierheime jetzt überfüllt, es droht der Kollaps des praktischen Tierschutzes. Nun hat das Tierseuchenreferat des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft in Bonn den Veterinären mitgeteilt, dass nach juristischer Prüfung alle Welpen der letzten beiden Tiertransporte nach Ungarn bzw. in die Slowakei zurückgeschickt werden können – soweit sie transportfähig sind. Die Entscheidung muss aber durch die örtlichen Behörden vollzogen werden. Aus Tierschutzsicht ist ein Rücktransport nicht akzeptabel, da die geschwächten Tiere u.a. Giradienbefall haben und Verdacht auf den gefährlichen Pavovirus. Die zuständige Umweltministerin Bayerns, Ulrike Scharf (CSU) will offenbar trotzdem den Rücktransport organisieren, das lässt sich aus einer Verfügung der örtlichen Veterinärbehörden schließen, die dem Verband vorliegt. Dabei ist sie sich nicht zu schade als Begründung auch anzuführen, dass man sicherstellen müsse, dass die Tierheime in Bayern weiter Tiere aufnehmen können. Aus Sicht des Deutschen Tierschutzbundes ist die Ministerin nicht mehr tragbar.

„Keine Tierschutzministerin, kein Tierschutzminister darf auch nur erwägen, solch malträtierte Tiere wieder in den Transport zu geben: Ein Rücktransport wäre für die viel zu geschwächten Tiere das Todesurteil. Perfide ist, dass die bayrische Ministerin nun die bedrohliche Lage der

**Bundesgeschäftsstelle**  
*Presseabteilung*

In der Raste 10  
53129 Bonn  
Tel: 0228/60496-24  
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:  
presse@tierschutzbund.de  
Internet:  
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit  
anerkannt

Registergericht  
Amtsgericht Bonn  
Registernummer  
VR3836

Sparkasse KölnBonn  
BLZ 370 501 98  
Konto Nr. 40 444

IBAN:  
DE8837050198000040444  
BIC:  
COLS DE 33



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft



Tierheime, neben dem Verweis auf das Bundeseuchenreferat, als Grund vorschiebt. Es geht ihr im Grunde darum, dass das Land Bayern und die Behörden nicht in eine Betreuungs- und Zahlungspflicht kommen, deshalb will sie die Tiere schnell wieder loswerden. Jahrelang hat sich das Land Bayern trotz aller Mahnungen nicht für die Lage der Tierheime interessiert, sonst hätten wir schon längst mehr Quarantäne- und Krankenstationen und höhere Aufnahmekapazitäten. Eine Ministerin, die so agiert, ist - freundlich ausgedrückt - völlig überfordert und nicht mehr tragbar im Amt“, fordert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, den Rücktritt der Ministerin.

Der Deutsche Tierschutzbund und sein Landesverband Bayern haben schon vor Jahren und bis heute gemahnt, dass das der Freistaat und die Kommunen im Land dringend in die Tierheim-Infrastruktur investieren müssen. Der damalige Umweltminister und heutige Finanzminister Markus Söder (CSU) hatte sich strikt verweigert. Nun werden die Folgen deutlich: Es fehlt an Quarantäne- und Krankenstationen sowie Zwingern für die große Zahl der Tiere. Und das, obwohl es vorhersehbar war, dass mit den verschärften Grenzkontrollen derartige Tierfunde dramatisch zunehmen würden. Die Landesregierung hat keinen Notfallplan, die Umweltministerin ist fachlich völlig überfordert.

„Wir brauchen dringend einen Maßnahmenplan der Landesregierung, der mit den Tierheimen und den Grenz- und Veterinärbehörden abgesprochen ist, wie der praktische Tierschutz in Bayern jetzt stabilisiert werden kann. Denn Fakt ist, dass als Folge des bisher planlosen Vorgehens von Umweltministerin Ulrike Scharf der Kollaps des praktischen Tierschutzes in Bayern bevorsteht“, ergänzt Schröder.